

## **Motion Graber Michèle und Mit. über die langfristige Finanzierung des demografieabhängigen Ausgabenwachstums**

eröffnet am 13. Dezember 2016

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine langfristige Strategie zur Finanzierung der steigenden demografieabhängigen Ausgaben des Kantons zu entwickeln und dem Kantonsrat darüber Bericht zu erstatten. Dabei sollen auf der Basis der Annahmen des Bundes über das zukünftige Wirtschaftswachstum und den zu erwartenden Migrationssaldo die folgenden Fragen beantwortet werden:

1. Wie hoch ist gemäss der Prognose des Regierungsrates bis im Jahr 2030 die jährliche Wachstumsrate der demografieabhängigen Ausgaben des Kantons (Alterssicherung, Gesundheit, Langzeitpflege und Bildung) unter der Annahme der heutigen Gesetzgebung und des heutigen Leistungsniveaus (sogenannte No-policy-change-Annahme)?
2. Wie hoch ist gemäss der Prognose des Regierungsrates bis im Jahr 2030 die jährliche Wachstumsrate der Einnahmen des Kantons unter der Annahme einer konstanten Steuerbelastung (gemäss heutigem Steuerfuss und heutiger Steuergesetzgebung)?
3. Wie stark verändert sich das Verhältnis zwischen demografieabhängigen Ausgaben und den gesamten Einnahmen des Kantons unter den in den Punkten 1 und 2 getroffenen Annahmen?
4. Wie gedenkt der Regierungsrat, die zusätzlichen demografieabhängigen Ausgaben zu finanzieren?
5. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die steigenden demografieabhängigen Ausgaben nicht zu einer Verdrängung der Ausgaben für andere Aufgabenbereiche führen?

### Begründung:

Mit Leistungen und Strukturen 1 und 2 sowie dem KP 2017 dienen die kurzfristigen Lücken zwischen Ausgaben und Einnahmen zu schliessen. Gemäss den Langfristperspektiven 2016 des Eidgenössischen Finanzdepartementes werden die demografieabhängigen Ausgaben der Kantone, das heisst die Ausgaben für Alterssicherung, Gesundheit, Langzeitpflege und Bildung, im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) massiv steigen. Dabei steigen insbesondere die Ausgaben für die Alterssicherung, die Gesundheit und die Langzeitpflege, welche gegenwärtig 12 Prozent des BIP betragen, deutlich stärker als die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. Ohne korrigierende Massnahmen würde durch dieses Ausgabenwachstum die Schuldenquote (Schulden in Prozent des BIP) der Kantone und Gemeinden von 17,2 Prozent im Jahr 2013 auf 28,7 Prozent im Jahr 2030 und auf 56,6 Prozent im Jahr 2045 steigen. Der Handlungsbedarf, um ab 2020 die Schuldenquote stabil zu halten, beträgt für die Kantone und Gemeinden 1,6 Prozent des BIP. Bezogen auf das BIP 2015 würde dies jährliche Einsparungen oder Mehreinnahmen in der Höhe von 10 Milliarden Franken zur Folge haben.

Die demografieabhängigen Ausgaben des Kantons Luzern und seiner Gemeinden betragen rund 3,5 Prozent der entsprechenden Ausgaben sämtlicher Kantone und Gemeinden. Unter der vereinfachten Annahme, dass dieser Anteil in der Zukunft gleich hoch bleibt, müssen somit der Kanton Luzern und seine Gemeinden gegenüber heute jährlich rund 350 Millionen Franken einsparen oder mehr einnehmen, damit die Schuldenquote stabil gehalten werden kann.

Graber Michèle  
Hess Markus  
Baumann Markus  
Huser Barmettler Claudia  
Hunkeler Yvonne

Krummenacher-Feer Marlis  
Bernasconi Claudia  
Schmassmann Norbert  
Roth Stefan  
Wyss Josef



Regierungsrat

Luzern, 13. April 2017

## STELLUNGNAHME ZU MOTION

**M 237**

Nummer: M 237  
Eröffnet: 13.12.2016 / Finanzdepartement  
Antrag Regierungsrat: 13.04.2017 / Erheblicherklärung  
Protokoll-Nr.: 439

### **Motion Graber Michèle und Mit. über die langfristige Finanzierung des demografieabhängigen Ausgabenwachstums**

Gemäss den [Langfristperspektiven 2016](#) des Eidgenössischen Finanzdepartementes werden die demografieabhängigen Ausgaben der Kantone und der Gemeinden, das heisst die Ausgaben für Alterssicherung, Gesundheit, Langfristpflege und Bildung, im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) massiv steigen. Diese Ausgaben, welche gegenwärtig 12 Prozent des BIP betragen, wachsen deutlich stärker als die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung. Ohne korrigierende Massnahmen würde durch dieses Ausgabenwachstum die Schuldenquote (Schulden in Prozent des BIP) der Kantone und Gemeinden von 17,2 Prozent im Jahr 2013 auf 29,7 Prozent im Jahr 2030 und auf 56,6 Prozent im Jahr 2045 steigen. Der Handlungsbedarf um ab 2020 die Schuldenquote stabil zu halten, beträgt für die Kantone und die Gemeinden 1,6 Prozent des BIP. Bezogen auf das BIP 2015 würde dies jährliche Einsparungen oder Mehreinnahmen in der Höhe von 10 Milliarden Franken zur Folge haben. Die Motionärin führt aus, dass die demografieabhängigen Ausgaben des Kantons Luzern und seiner Gemeinden rund 3,5 Prozent der entsprechenden Ausgaben sämtlicher Kantone und Gemeinden betragen. Unter der vereinfachten Annahme, dass dieser Anteil in der Zukunft gleich hoch bleibt, müssen somit der Kanton Luzern und seine Gemeinden gegenüber heute jährlich rund 350 Millionen Franken einsparen oder mehr einnehmen, damit die Schuldenquote stabil gehalten werden kann.

Unser Rat ist bereit, einen Planungsbericht über die Langfristperspektiven des Kantons Luzern zu erarbeiten. Dieser Bericht soll auf Basis der Annahmen des Bundes über das zukünftige Wirtschaftswachstum und den zu erwartenden Migrationssaldo die von der Motionärin gestellten Fragen beantworten:

1. Wie hoch ist bis im Jahr 2030 die jährliche Wachstumsrate der demografieabhängigen Ausgaben des Kantons (Alterssicherung, Gesundheit, Langzeitpflege und Bildung) unter der Annahme der heutigen Gesetzgebung und des heutigen Leistungsniveaus?
2. Wie hoch ist bis im Jahr 2030 die jährliche Wachstumsrate der Einnahmen des Kantons unter der Annahme einer konstanten Steuerbelastung?
3. Wie stark verändert sich das Verhältnis zwischen demografieabhängigen Ausgaben und den gesamten Einnahmen des Kantons unter den in den Punkten 1 und 2 getroffenen Annahmen?

Zudem sollen Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie die zusätzlichen demografieabhängigen Ausgaben finanziert werden können. Weiter sollen Wege beschrieben werden, damit die steigenden demografieabhängigen Ausgaben nicht zu einer Verdrängung der Ausgaben der anderen Aufgabenbereiche führen. Diese Fragen können mit Hilfe der Daten und Methoden der öffentlichen Statistik beantwortet werden. LUSTAT verfügt über das methodische und fachliche Know-How, um die wesentlichen Teile zum gewünschten Bericht beizutragen. Wir werden LUSTAT den entsprechenden Auftrag erteilen, sobald der Kanton Luzern über einen rechtskräftigen Voranschlag verfügt. LUSTAT schätzt ihren Aufwand auf rund 30'000 Franken.

Wir beantragen, die Motion erheblich zu erklären.



---

Kantonsrat

## **KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 16. Mai 2017  
Kantonsratspräsident Andreas Hofer

### **M 237 Motion Graber Michèle und Mit. über die langfristige Finanzierung des demografieabhängigen Ausgabenwachstums / Finanzdepartement**

Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.  
Der Rat erklärt die Motion mit 72 zu 28 Stimmen erheblich.